



ES GEHT NICHT NUR UM MATERIELLE FRAGEN

Interview mit Prof. Klaus Dörre,
Friedrich-Schiller-Universität Jena

Ihr beobachtet seit langer Zeit die Beschäftigten in den ostdeutschen Betrieben. Welche Entwicklungen nehmt ihr dabei wahr?

Es ist ein Generationswechsel erkennbar. Die Menschen haben andere Ansprüche. Besonders die Jüngeren wollen nicht mehr zurückstecken. Dahinter steht auch, dass sich der Arbeitsmarkt von einem Käufer- zu einem Anbietermarkt verändert hat. Arbeitskräfte werden inzwischen gesucht. Damit vergrößert sich die Verhandlungsmacht, die der einzelne Beschäftigte gegenüber dem Unternehmer hat. Auch die Spielräume der Gewerkschaften sind gewachsen. Sie können heute offensiver auftreten. Allerdings wollen die Menschen, die so lange warten mussten, jetzt schnelle Verbesserungen. Darin liegt eine Gefahr, denn solche Erwartungen führen leicht zu Enttäuschungen, wenn sie nicht kurzfristig zu erfüllen sind.

Die Rahmenbedingungen haben sich also deutlich verändert?

Wir nennen das eine neue Konfliktformation. Die Wirtschaft hat ein Jahrzehnt des Booms hinter sich. Bei vielen Beschäftigten ist in diesen Jahren kaum etwas angekommen. Weil der Flächentarif im Osten immer weniger greift, ist oftmals „Häuserkampf“ angesagt. Auf der Ebene der einzelnen Betriebe steigt die Konfliktbereitschaft. Erst wird ein Betriebsrat aufgebaut, dann kommt es zum Kampf um den Anschluss an den Tarifvertrag. Auch hat die Bindung von jüngeren Beschäftigten an den Betrieb nachgelassen, besonders dort, wo es keine positive Unternehmenskultur gibt. Maßstäbe sind jetzt der Lohn und die Qualität der Arbeit. Stress und autoritäre Leitung werden nicht mehr einfach hingenommen.

Welche Rolle spielt die Länge der Arbeitszeit?

Die drei Stunden längere wöchentliche Arbeitszeit haben einen ganz hohen Symbolwert. Die negativen Erfahrungen aus dem Streik von 2003 sind verblasst. Die meisten Betriebsräte von damals sind inzwischen in den Ruhestand gegangen. Die Verhältnisse haben sich geändert. Die Beschäftigten denken, wir haben uns 30 Jahre hintenangestellt. Die Wirtschaft läuft gut. Jetzt sind wir endlich auch dran. Das Gefühl der Abwertung durch die längere Arbeitszeit muss stärker beachtet werden.

Welche Bedeutung hat das Gefühl der Abwertung?

Es geht nicht nur um materielle Fragen, sondern ganz zentral um Anerkennung. Die Menschen haben das Gefühl, dass ihre Leistungen nicht gewürdigt werden. Sie sehen es so: Wir haben das alte System vertrieben und danach unter schwierigen Verhältnissen mehr geleistet als viele Westler. Dafür erfahren wir keine Wertschätzung. Also fühlen sie sich abgewertet. Genau daran kann die AfD ansetzen.

Wie sollte man die Auseinandersetzung mit der AfD führen?

Klare Kante zeigen reicht nicht. Wir brauchen einen langwierigen Überzeugungsprozess. Dabei sollten wir die Zukunft des Ostens in den Vordergrund stellen. Welche Möglichkeiten gibt es? Erstens: Es geht weiter wie bisher, dann wird der Abstand zum Westen bleiben oder größer werden. Zweitens: Es geht aufwärts. Das hat aber bestimmte Voraussetzungen. Drittens: Es kommt zu einer Abwärtsentwicklung. Man muss klarmachen: Eine solche Entwicklung fördert die AfD mit ihrer Politik.

Ein Beispiel: Für eine Aufwärtsentwicklung ist Zuwanderung nötig. Überall fehlen Facharbeiter und vor allem hochqualifizierte Kräfte. Dazu braucht man Spezialisten aus aller Welt. Die kommen aber nicht, wenn sie ein Klima erwartet,



das von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit geprägt ist. Wir haben an der Universität zum Beispiel Schwierigkeiten, internationale

Wissenschaftler zu gewinnen, weil sie sich und ihre Familie einem solchen Klima nicht aussetzen wollen. Das gilt nicht nur für Spitzenkräfte. Das Problem der Pflege – insbesondere älterer Menschen – ist ohne Kräfte mit ausländischen Wurzeln gar nicht zu lösen. Ohne einen kulturellen Wandel, ohne ein positives Verhältnis zur Zuwanderung wird es im Osten keine nachhaltigen Verbesserungen am Arbeitsmarkt geben. Daran lässt sich zeigen: das politische Programm der AfD führt in ein Desaster.

Das gilt auch für die Umweltpolitik. Statt, wie die AfD, den Klimawandel zu leugnen, sollte man besser nach den Chancen suchen, die ein ökologischer Wirtschaftsumbau für den Osten bieten könnte.

Wie könnte ein wirtschaftlicher Aufschwung Ost noch unterstützt werden?

Sicher ist es wichtig, Industriepolitik zu betreiben, zum Beispiel um Ersatzarbeitsplätze für den Braunkohletagebau zu schaffen. Man sollte auch stärker neue Wege ausprobieren. Das könnte zum Beispiel eine Modellregion sein, in der man integrierte Verkehrssysteme für einen ländlichen Raum ausprobiert. Dabei könnte man durchaus die Möglichkeiten des autonomen Fahrens für ältere Menschen austesten. Es wäre insgesamt wichtig, dass sich der Osten auf seine eigenen Potenziale besinnt. Wir haben hier zum Beispiel noch große landwirtschaftliche Genossenschaften. Die Agrarkonzerne lauern darauf, ihnen ihr Land abzukaufen. Stattdessen könnte man hier eine andere, ökologisch nachhaltige landwirtschaftliche Entwicklung fördern. Oder nehmen wir den Wohnungsbau. Auch hier sind alternative Entwicklungen denkbar. Auf diese Weise könnte der Osten im günstigen Fall eine Art Zukunftsregion werden. ■